

# Volkstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Dresdenstr. 17.  
Telefon: 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Bez.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich  
außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage  
„Volk und Zeit“.

Verlag: G. S. Pöhlmann, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.  
Telefon: 5407. Postfachkonto Nr. 9 11-5753

Nr. 9 Halle, Mittwoch, den 12. Januar 1921 5. Jahrgang

## Eine Rundgebung des D. E. B.

Berlin, 11. Januar. (D. E. B.) In der seit Sonntag laufenden Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes gelangten die nachstehenden Entschlüsse zur Annahme:

1. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in gründlicher und gewissenhafter Weise das zwischen dem Sechzehnerausschuss und der Regierung zustandgekommene Verhandlungsergebnis geprüft. Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten des Lebens und der Erhöhung des Teuerungszuschlages für die unteren Beamten und Arbeiter ist erheblich mehr hinter den bisherigen Erörterungen zurück, daß eine Verhütung des Reichslohnindex-Preises ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den besonderen Umständen der an der Bewegung Beteiligten zutrifft, ist die unsoziale Wirkung der Zulagen, die überläßt, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Bedürfnisse eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise auf den ganzen deutschen Raum nicht erzeugt haben. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes steht sich der erweiterte Vorstand anerkennend, beruhigend auf die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes einzuwirken.

2. In der Voraussetzung, daß auch die Vorstände der übrigen Großorganisationen des Eisenbahners trotz des ereignisreichen Teilerfolges ähnliche Schwierigkeiten in ihren Mitgliederkreisen vorfinden, beschließt der erweiterte Vorstand, die bisher im Gesprächscharakter zusammengefaßten Beschlüsse zu erörtern, die Einwirkung aufrecht zu erhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuwickeln.

3. Der erweiterte Vorstand beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiterzuführen und im Besonderen auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmitteltag zurückzuführen.

4. Die verantwortlichen Verhandlungsleiter, Vertreter der Eisenbahner, Ortsvereine und Bezirksvereine sind verpflichtet, sich an einmütigen Teilerfolg mit aller Energie zu widmen. Entschieden ist es, die Teilerfolge, so haben sie die Verpflichtung, die Verantwortung dafür abzugeben.

5. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verwarnung ein gegen die unwahre Berichterstattung der Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit der Regierung, wie sie in der roten Fahne beifolgt wird, insbesondere die der erweiterten Vorstande in dem Artikel: „Die verarbeiteten Eisenbahner“ der roten Fahne Nr. 15 vom 11. Januar 1921 enthaltenen unzutreffenden Behauptungen ganz energig zurück. Der erweiterte Vorstand hält die Verfälscher der roten Fahne für nicht beabsichtigt, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner zu zerstören. Es ergeht die Verwarnung, sich durch dieses Verbrechen nicht beirren zu lassen und sich um so fetter um ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu kümmern.

6. Im Hinblick auf die vorstehenden Beschlüsse können wir noch hinzufügen, daß am 12. Januar vormittags Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sagt aus diesem Grunde weiter.

### Die Urabstimmung der Eisenbahner.

Berlin, 11. Januar. Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnermitglieder liegt jetzt für die ehemals preussisch-berlinischen, sächsischen, ostpreussischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 119 732 Beamten nur 73,5 Prozent, nämlich 235 000 Beamtinnen, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben sich 32 953 Beamtinnen, also 60,3 Prozent der Beamtinnen, geäußert. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentfuß der Streikstimmen der Beamtinnen noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent, rücken wird.

### Österreichs Not.

Wien, 11. Januar. Die gestern dem Generalkonferenz der österreichischen Sektion der Reparationskommission übermittelte Denkschrift des Zentralbüros der österreichischen Staatsangehörigenvereinigungen verweist zunächst darauf, daß der internationale Vertrag auf Grund des St. Germainer Friedensabkommens nicht nur für die Wiederherstellung der österreichischen Lebenslage, sondern auch für die Wahrung der österreichischen Lebenslage, die Beamtenschaft sei zu überlegen. Es gelangt, daß der Staat nicht mehr die erforderlichen Mittel habe, um das Einkommen der Beamtenschaft, entsprechend dem verteuerten Lebensunterhalt, zu erhöhen. Die Beamtenschaft der Staatsangehörigen teilt teineswegs politische oder religiöse Motive mit, sondern nur die Notwendigkeit der Wahrung der Lebenslage der Beamtenschaft. Die Wünsche der Beamtenschaft sind so einfach wie möglich zu erfüllen, die Wünsche Sir William Woodes in einer bestimmten Zeit umzusetzen. Die Lebensmittelpreise allein genügen den Wiederaufbau Österreichs jedoch nicht, da es langfristige Kredite bedürftig. Die Denkschrift stellt schließlich in

vollen Bewußtsein der Tragweite dieser Erklärung fest, daß, wenn den zu acht Zehnteln halb verhungerten Bundesangehörigen nicht in kürzester Zeit die Möglichkeit gewährt werde, sich einigermassen zu ernähren, heute oder morgen mit einem Verweilungsausbruch gerechnet werden müsse, der das Ende dieses bedauernswerten Staates bedeutet. Das Aufleben Österreichs in seiner vollen Gestalt werde aber auch das Ende jenes politischen Systems sein, das durch den Friedensvertrag geschaffen wurde.

### Amerika zieht sich zurück.

Paris, 11. Januar. Durch eine Finanznote wird erklärt, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen hat, sich nicht mehr auf der Konferenzkonferenz vertreten zu lassen. Die Maßnahme sei jedenfalls auf den gleichen Gründen getroffen worden, die die Regierung der Vereinigten Staaten im Dezember 1919 veranlaßt hätten, zur Kenntnis zu bringen, daß ihr Vorkommen nicht mehr das Recht habe, in die alliierten Verhandlungen einzugreifen, sondern diesen nur noch als Beobachter beizuhören werde. Man müßte deshalb gewisse Kommentare ablehnen, die in dieser Stellungnahme eine deutschfreundliche Propaganda erkennen wollten.

### Eine deutsche Note über Oberösterreich.

Die deutsche Friedensdelegation übermittelte der Konferenzkonferenz in Paris eine Note, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist. In der Note wird auf die wachsende Unruhe in Oberösterreich hingewiesen. Die Anzahl der Morde ist um 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen. Die Verbrechen seien in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der internationalen Kommission zu suchen, der der Schutz der Bevölkerung und des Landes übertragen werden müßte. Die von der J. K. neu geschaffene Polizei sei selbst von unruhigen Elementen durchsetzt. Als Schutzmaßnahmen werden die strengere Überwachung der Grenze und die Verbindung des unerlaubten Uebertritts gefordert. Außerdem aber noch die Anwendung des Standrechts gegen Plünderer und Mörder.

### Die schone Rechtsprechung.

Es vergeht kein Tag an dem man nicht einen besseren Begriff von der deutschen Rechtsprechung erhält. Nicht liegt wieder ein neuer Fall vor. Jedermann kennt das Verlangen der Entente auf Auslieferung der Kriegsverbrecher. Diese Forderung ist aufgegeben worden, nachdem sich fast das ganze Volk dafür einsetzte, daß die wahrhaft Schuldigen in Deutschland bestraft würden. Jetzt ist vom Reichsgericht in Leipzig der Anfang damit gemacht worden. Wie er aussieht, das zeigt folgende Nachricht:

„Angeklagt waren der 31 m e r z a n n Dietrich Lotzmann aus der Gegend von Emden, der Schlosser Paul Kiesel aus Berlin und der Schlosser Paul Sangerhauser aus Marienwerder bei Potsdam. Die Angeklagten waren im Oktober 1918 als Pioniere in das belgische Städtchen Obingien in der Nähe von Vliez eingedrungen. Am Abend des 30. Oktober hatten sie eine Anzahl von Gefangen bestraft und waren schließlich gegen 12 Uhr gewalttätig in eine Wirtschaft eingedrungen. Nachdem Lotzmann den aus seinem Schlafzimmer heruntergeholtem Bier mit einem antiseptischen Kessel und Kiesel ihm mit einem Seitengewehr bedroht hatten, ließ er auf die Straße hinausgehen, gingen alle drei Angeklagten nach dem ersten Etage, erbrachen und durchwühlten mehrere Behälter und nahen eine größere Geldsumme, eine Anzahl Briefchen und waren Wäsche und Kleider im Zimmer umher. Die Beweisaufnahme in der Verhandlung ergab den oben wiedergegebenen Sachverhalt. Das Gericht erkannte alle Angeklagten der Wunderruberei nach §§ 129 und 133 des Militärstrafgesetzbuchs für schuldig und verurteilte Lotzmann zu 5 und Kiesel zu 4 Jahren Zuchthaus und Sangerhauser zu zwei Jahren Gefängnis. Gegen Lotzmann und Kiesel wurden außerdem auf Ehrenhaftigkeit die Dauer von zehn Jahren erkannt.“ Es stimmt schon, die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen; oder meint jemand, daß man von den angeklagten Offizieren etwas hören wird?

### Ueber was alles Rechenhaft gefordert wird.

London, 11. Januar. Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatte die wichtigsten von den 41 Punkten, die in der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind. Diese beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervorragender Privatvermögen, die Einkünfte und Ausgaben, die Verwendung des auf Grund des Kohlenabkommens gezahlten Geldes, die Zahl der Staatsangehörigen, die Rollen des Besatzungssoldaten, deutsche Gelder im Ausland, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlenfrage in Deutschland.

## Die Betriebsbesetzung in Aussicht?

Die Zentrale der Kommunisten hat bekanntlich am 8. d. Mts. an alle möglichen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, darunter auch an die Sozialdemokratische Partei die öffentliche Anfrage gerichtet, ob sie bereit seien, ein von ihr entworfenen Aktionsprogramm zu unterstützen. Sie erklärte, bis zum 13. Januar auf die Antwort warten und, wenn sie ablehnend ausfiel, auf einige Tage vorzugehen zu wollen. Aber schon am 10. Januar, noch ehe eine der befragten Organisationen geantwortet hatte, erließ die Zentrale der K. P. D. an ihre Organisationen im Reich die Aufforderung, sich sofort mit ihren Aktionsplänen an die Anhänger derjenigen Parteien zu wenden, mit denen die Zentrale zwei Tage zuvor anscheinend Verhandlungen anknüpfen beabsichtigte. Mit Recht hat der sozialdemokratische Parteivorstand erklärt, daß durch dieses Vorgehen die öffentliche Anfrage der Kommunistenzentrale sich ganz von selber erledige. Eine Partei, die nicht einmal imitande ist, die von ihr selbst gelegten Termine einzuhalten, kommt für Vereinbarungen irgendwelcher Art nicht in Betracht.

Die Kommunisten werden nun vom 13. Januar ab aber, wenn sie es nicht aushalten können, schon früher mit ihrer eigenen, isolierten Aktion vorgehen. Was für neue Pläne zur Arbeiterbesetzung diese bewährten Strategen der Niederlage im Schilde führen, ist im einzelnen nicht bekannt. Verschiedene Umstände aber deuten darauf hin, daß dabei die Betriebsbesetzung eine große Rolle spielen wird, für die in Berlin jetzt schon die nötige Propaganda betrieben wird. Man setzt amnestischen Arbeitern ein, die öffentliche oder vermeintliche Sabotage der Unternehmer könne dadurch verhindert werden, daß die Arbeiter die Betriebe besetzen und unter eigener Leitung auf eigene Rechnung weiter führen. Daß ein derartiger Gedanke überhaupt ernstlich diskutiert werden kann, zeigt, — das muß offen ausgesprochen werden — von einem erschreckenden Grade von Unbildung. Man sollte der Meinung sein, daß derlei kindische Vorstellungen nur bei Papas und Sozialnegern Eingang finden könnten, nicht aber bei europäischen und gar bei deutschen Arbeitern!

Die Angelegenheit sind aber da, daß man doch mit solchen Verfahren nicht rechnen müsse. Auch hier in Mitteldeutschland. Durch den drohenden Eisenbahnerstreik ist eine gewisse Erregung in der Bevölkerung gekommen, und auch die Bergarbeiter drängen schon seit langem auf eine Erhöhung ihres Schicksals, die aber die Unternehmer immer wieder zu verzerren wissen, da die Regierung eine gleichzeitige Erhöhung der Kohlenpreise nicht zugestanden hat. Diese vorhandene Spannung kann mit der nötigen Gewissenhaftigkeit von den Kommunisten für ihre Ziele ausgenutzt werden. Leider wird dadurch das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Preis der Kohlen nicht im geringsten beeinflusst, wenigstens nicht zum Vorteil der Verbraucher. Weiter würde eine solche Ausartung des Kampfes der Bergarbeiter um eine notwendige Erhöhung ihrer Löhne nur zur Folge haben, den Eisenbahner in der Führung ihres Lohnkampfes die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Denn denen ist mit der Besetzung der Bahnhöfe noch nicht im geringsten geholfen.

Der Ausdruck Sozials, daß in der kapitalistischen Welt ohne Kredit kein Wachstum taucht, ist eine Tatsache. Die meisten der üblichen Anordnungen der jetzigen Wirtschaftsordnung beruhen auf diesem Streben nach Kredit und der hartnäckigen Widerstand der Unternehmer, alle ihre Maßnahmen gegen die Arbeiter beruhen darauf.

Aber eine ganz kindische Vorstellung ist es, zu meinen, daß durch eine gewalttätige Besetzung des Betriebes durch die Arbeiter eine Wenderung zum Besseren herbeigeführt werden könnte. Die gewalttätige Besetzung führt nicht nur weniger Aufträge haben wie die nach bisherigen Begriffen rechtmäßig geleitete, sondern sie wird gar keine haben. Kein Kunde, zumal die Kunden doch meist wieder Kapitalisten und sehr oft ausländische Kapitalisten sind, wird einem Betrieb einen Auftrag erteilen, der auf einer so schwandenden Rechtsgrundlage ruht. Kein Kunde wird der Besetzung des Betriebes auch nur einen Pfennig bezahlen, weil er fürchten wird, nach Aufhebung der Besetzung vom rechtmäßigen Eigentümer zur normalen Zahlung gezwungen zu werden. Keine Bank würde dem besetzten Betriebe Kredit gewähren, keine würde ihm die Gelder ausfolgen, die dem Firmeninhaber gehören. Da nun bekanntlich in den Kontoren bares Geld so gut wie überhaupt nicht vorhanden, sondern dieses von Fall zu Fall erst von der Bank geholt wird, würde die Leitung des besetzten Betriebes auch nicht in der Lage sein, nur die am nächsten Sonnabend fälligen Löhne bezahlen zu können. Kein Lieferant von Rohstoffen würde der besetzten Firma auch nur ein Kilogramm der Rohstoffe liefern, die sie zum Weiterbetrieb braucht. Das Werk könnte also bestenfalls solange weitergeführt werden, als es vorhandenem Vorräte an Rohstoffen reichen, dann wäre es abgemauert und läge tot da.

Die Betriebsbesetzung ist also auf keinen Fall eine Methode, die Produktion weiter fortzuführen oder gar zu beschleunigen, keine Methode, den Arbeitern Arbeitslosigkeit zu schaffen, sie ist nur eine Methode, eine gewalttätige Produktionsstörung herbeizuführen, sie ist nichts als eine brutale,

mit von den bestehenden Gesetzen nicht in Einklang zu bringende Form des Streiks. So hat die Betriebsbelegung auch in Stellen gewirkt, wo durch ein geschicktes Eingreifen der Gewerkschaften die Betriebsbelegung als ein halbwegs gewonnener Streik abgebrochen werden konnte. Es wurden von den Unternehmern Lohnerhöhungen zugelassen, und dann nahmen diese ihre Funktionen wieder auf.

Dabei war die Betriebsbelegung in der letzten Industriemetallindustrie nach von besonderen Umständen begünstigt, da die Regierung auf eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern unter Vermeidung jeder Gewaltanwendung drang. Kein Mensch kann aber prophezeien, daß die Dinge bei uns einen eben so glatten Verlauf nehmen würden. Das wahrscheinlichere Ergebnis sind blutige Kämpfe, Ausparierungen, Entlassungen, totale Arbeitslosigkeit der Arbeiter.

Kein verständiger Arbeiter wird daher den Kommunitäten auf die Zeiträume der Betriebsbelegung Frieden. Was durch eine Betriebsbelegung erreicht werden kann, kann durch einen nach gewerkschaftlichen Regeln geführten Streik viel leichter erreicht werden, vorausgesetzt, daß für einen solchen Streik günstige Vorbedingungen vorhanden sind. Fehlen aber diese, so wird das Hauptmittel der Betriebsbelegung, die eben auch nur ein gewaltsam verlaufener Streik ist, auch nicht helfen. An das Mädchen zu glauben, man könne mit solchen Mitteln die Produktion in Gang bringen, die Arbeitslosigkeit beseitigen, an dieses Mädchen für kleine Kinder zu glauben, sollte sich jeder erwachsene Mensch schämen.

### Preußische Landesversammlung.

#### Landwirtschafts-Haushalt und Hebammergebiet.

Bei der ersten Sitzung der Landesversammlung nach den Ferien ist das Haus nicht gefüllt. Dicht gefüllt sind auch die Tribünen, denn einige hundert Hebammen haben sich eingeladen, um sich zu überzeugen, die die Volksvertreter das Gesetz behandeln, durch welches das Hebammenwesen endlich von den jahrelangen Mißständen befreit und zweckentsprechend geregelt werden soll. Aber vorläufig kommen sie noch nicht auf ihre Kosten. Zunächst wird der Landwirtschaftsminister in zweiter Beratung erledigt, wobei der Landwirtschaftsminister Braun die törichte Angriffe gegen seine Haltung dem Landes-Ökonome-Kollegium gegenüber wirkungslos zurückweist und darlegt, daß er an der Sieblungsfrage das Nennschon mögliche getan hat. Bei der folgenden namentlichen Abstimmung über das Gesetz, das die staatliche Selbstverwaltung der Domänen gelangt es der Rechten durch Stimmenthaltung die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Auch das Zentrum beteiligt sich an dieser Aktion, die von der Linken zutreffend eine Sieblung genannt wird, und damit ist dann das Interesse des Großgrundbesitzers wieder einmal gerettet. Auch das Hebammergebiet mißfällt der Rechten durchaus. Ein Zentrums-Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuß, der im letzten Augenblick vorfristigweise zurückgegeben war, wird von den Deputierten wieder aufgenommen und die Besucherinnen der Tribüne können sich überzeugen, wie hier ein für die Volksgesundheit äußerst wichtiges Gesetz unter den niedrigsten Vorwänden von der Rechten sabotiert wird. Daß das Temperament der Hebammen sich dabei gelegentlich etwas kühn macht, ist zu begreifen, wenn auch nicht zu billigen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der unsterke Gemütslage von der Rechten brutal niedergedrückt wird und Adolf Hoffmann sich beinahe einen Ordnungsruf holt, wird schließlich der Vertagungsantrag abgelehnt und die Beratung begonnen. Frau Ege tritt flug und temperamentvoll für die laßliche Erlebigung dieser für alle Bevölkerungsfreie bringend gebotenen Regelung des Hebammenwesens ein und fennzeichnet wirksam

die Kleinlichen und egoistischen Motive, die den reaktionären Sabotageversuchen zugrunde liegen.

202. Sitzung, Dienstag, den 11. Januar, nachm. 2 Uhr. Am Regierungstisch: Landwirtschaftsminister Braun. Das Haus ist fast leert, die Tribünen sind aus Anlaß des auf der Tagesordnung stehenden Hebammergebietes bis auf den letzten Platz von den Vertreterinnen des Hebammenlandes besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Landwirtschafts-Haushaltes. Landwirtschaftsminister Braun: Man hat mich schon angegriffen wegen meiner Haltung bei den Hebammenkollegium aufzusitzen. Demgegenüber stelle ich fest, daß meine Vorgänger seit 1917 keine neuen Vertreter in das Kollegium berufen haben und

### Die Woche vom 16. - 23. Januar und die Werbetage für die Parteioffensivorganisation u. für die Volksstimme

Die Sozialdemokratische Partei und ihr Organ die Volksstimme verteidigen in entscheidender Weise die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die agrarische und die kapitalistische Herrschaft. Sie kämpfen entschlossen für den Sieg des Sozialismus und der Demokratie. Mitglieder der Partei und Leiter der Volksstimme muß jeder Arbeiter, jeder Angehörige, Beamte und Kleinrentnerbetreiber werden, der erkannt hat, daß nur Einigkeit und enge gegenseitige Arbeit, nicht Zersplitterung und Phrasengelei, den Weg zu besserem Leben öffnen kann. Der Parteioffensivorganisation neue Mitglieder, der Volksstimme neue Leser zuzuführen ist daher Pflicht jedes denkenden, schaffenden Volksgenossen, ist vor allem Pflicht jedes Parteigenossen. Nur so kann reichert werden, daß die Reaktion rechts und links die Straube der Entwicklung wieder nach rechts und links dreht. Die besiegene Klasse schließt sich fester zusammen als im Märchen eben. Dem aus dem Gleichgewicht streift sie ab!

In der Woche vom 16. - 23. Januar muß die Partei und auch die Presse Hunderte neuer Streiter, Hunderte neue Leser gewinnen. Genossen und Genossinnen! Die Herzen auf! Die Arme auf! Arbeit u. agitiert! Sorgt, daß wir wachsen!

beg es in den letzten zehn Jahren nur fünfmal getagt hat (Schleicher, dort, dort, bei den Esen). Da soll jetzt dieses (schlechte) System, das nicht mehr zu gebrauchen ist, noch einmal die Kosten für diese überflüssige Einrichtung wirklich sparen. Meine Tätigkeit in der Sieblungsfrage ist lebhaft angegriffen worden. Dabei beachtet man niemals die großen Schwierigkeiten, mit der die Sieblung zu kämpfen hat. Aber die Sieblung ist nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern die Folge davon. Sie würde in der Geschichte als der Tapus des großen Güterglückes fortleben. Den mehrfach geäußerten Wunsch, in landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände einzutreten, muß das Ministerium ablehnen, denn das Ministerium hat die Pflicht, über den Verteilung der Arbeit im Lande zu sorgen. Die Fortwähren der Landarbeiter als übermäßig juristisch, vielmehr muß man den berechtigten Forderungen gegenüber Entgegenkommen beweisen. Alle Parteien sind sich darüber einig, daß die Sieblung der landwirtschaftlichen Produktion die allerwichtigste Frage ist. Dazu aber muß man die Landwirtschaft mit Staatsmitteln unterstützen und zwar bald reichlich unterstützen. Es ist viel wichtiger, Dingen mit einzukaufen, als Lebensmittel. Wenn wir fortwähren, zu immergebenen in den Ausland Lebensmittel einzukaufen, und unsere eigene Produktion nicht hinreichend erhöhen, so macht unsere finanzielle Unfähigkeit und wir können im nächsten Jahre unseren Bedarf an Lebensmitteln überhaupt nicht mehr decken. Dieser Weg führt uns zum Bankrot. Für den Aufstieg unseres Vaterlandes ist unerlässliche Voraussetzung die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. (Vorbereitung des Gesetzes.) Die agrarische Arbeiterschaft auf dem Lande kann unbedenklich aufrechterhalten werden. Wenn die Deputierten sich lebhaft für die Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Getreide einsetzen, so wollen sie nur den Großgrundbesitzer noch mehr bereichern. Wenn überall Rot und Glend herrscht, so trägt der Bauer die Verantwortung. Wir protestieren dagegen, daß politische Landarbeiter ins Land geschickt werden, um unsere Landarbeiter-Organisationen lahmzulegen. Die Grundbesitzer, die der Landwirtschaftsminister in seiner Denkschrift über die Sieblungsfrage aufgestellt hat, müssen wir als das begünstigte Element betrachten. Die Volksernährung ist eine Frage, die nur gelöst werden kann durch die Erhebung der politischen Macht, durch das Proletariat.

Die Sieblung (Dem.). Die Fortwähren der Sieblung in den letzten Jahren sind freilich zurückgegangen. Aber der Großgrundbesitzer darf nicht so leicht seinen Verstand verlieren. Bei der Aufhebung der Sieblung würden bedeutende Ueberschüsse gemacht. Ausordnung und Hausrecht der Arbeitergehilfen müssen gestiftet werden. Die Sozialdemokraten sind nicht ganz von dem Vorwurf freizusprechen, daß sich große Massen aus ihrem Lager des Schleichens schuldig gemacht haben. (Schr., höchst unklar, haben die Sieblung nicht aufgehoben. (Wiederprüf bei den Esen.) Es ist notwendig, daß in diesem Jahre von vornherein die gesamte Getreideernte festgesetzt wird.

Landwirtschaftsminister Braun: Ausländische Arbeiter sind an einigen Stellen notwendig, was sie sind, die alte Arbeitsbesetzung trifft, besteht noch zu Recht. Demit schließt die Ausweisung.

Der Landwirtschafts-Haushalt wird angenommen, ebenso ein gemeinsames Sieblungsgeheimnis verlangt. Annahmen mit auch das Gesetz über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung staatlicher Moore.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Paragraphen 1 und 3 des Hebammergebietes betr. staatliche Selbstverwaltung der Domänen.

Am 17. Januar mit 171 gegen 121 Stimmen angenommen, bei der Abstimmung über § 3 ergibt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Schr., höchst unklar, haben die Sieblung aufgehoben.) (Schr., höchst unklar, haben die Sieblung aufgehoben.)

203. Sitzung, 16. Januar. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt das Hebammergebiet. (Schr., höchst unklar, haben die Sieblung aufgehoben.)

Ag. Braumann (Deutsch. Han.) beantragt mit Unterstützung des Zentrums Zurückweisung des Gesetzes an den Ausschuß für Verfassungsangelegenheiten. (Schr., höchst unklar, haben die Sieblung aufgehoben.)

Ag. D. West (H. S.). Die Antragsteller selbst haben nicht den Mut, ihren Antrag zu verteidigen, weil er ein ruchloses Mitleid mit der preussischen Gesundheit ist. Es wollen nur das Gesetz

Prügelwunder und den se. entzündenden Schmerz der schmerzhaften Demütigung vor dem Haus. Gernmal wollte guten Dergens sein, und während er unter Mathildes Kopf die Nerven richtete, sagte er mit flüsternder Stimme:

„Du bist ein sehr edler Mensch, liebe Mathilde ... Doch bin ich schon ganz verdrückt. Gott straft mich immer ... Mathilde doch du mein Stolz, und jetzt ist alles verloren ... Arme Mathilde ... Seit meiner Jugend verlorst du mich ... Mathilde ... Nach nie habe ich eine menschliche Freude ... Und ergab mich dem Zufall ... Ich verlorne, ein verkommenen Schächer geworden ... Ich liebe dich sehr, liebe Mathilde ... Verzeihe mir, deinem elenden Vater ... Mein liebes Kind ...“

Mathilde betrachtete ihn kalt, mit abgestumpfter Nase. Und dachte weit in die Zukunft. Sie empfand das nun folgende Leben als etwas Entsetzliches, Furchtbares. Was sie bloß mit Schreck an die Geschichte ihrer Liebe zurückzudenken.

„Mein Gott, müssen denn auch jene, die so lieben wie ich, so häßlich büßen?“ fragte sie sich, und ihre Seele füllte sich bis an den Rand mit trübseliger Traurigkeit. Sie sah ein, daß die Leute, die von ganz niedrigen Gesichtspunkten aus oder überhaupt ohne Gesichtspunkte urteilten, auch sie als feindseliges, verwerliches und übertrieben sinnliches Geschöpf abtun und auch ihre Hände zu dem übrigen ähnelnden Leichtsinn einreihen würden. Obgleich ihr Fall ein Maximum der Liebe war. Traurig dachte Mathilde an jene Zeiten zurück, da sie noch dem Ruf eines lösternen, gauamelnden Mädchens hatte, da man noch ihr noch erregte, sie für ein heiliges und unantastbares Geschöpf betrachtete. Demut hatte sie doch die bedeutendsten Vorteile der Jünglinge, wurde Braut noch (was, nichts, aber nichts auf Abwege zu laden. In einem starken Panzer gewandet, schritt sie zwischen den Gefährten dahin. Ihre harte Entschlossenheit verließ sie niemals. Als sie aber verließ wurde, entfiel die Wanderschaft, verständig der Panzer. Der ihre Erde raubte, war kein Geld großer Verschwendung und konnte es auch nicht sein. Sie waren beide gleich arm. Mathilde verlangte es nach der Seele dieses Menschen, der häßliche, seichte Lebenslauf verbrachte. Sie hatte diesen Menschen mit einer Liebe, die für ein ganzes Leben Güte besaß. Aber die er Mensch gab ihr dafür nicht einmal ein Begehren des jedem Menschen aufzubringen. Dies sah Mathilde erst jetzt. Am heimlichsten Lieber ihr großen Liebe hätte sie daran nicht einmal zu denken gewagt, daß ihre Liebe von einem unwürdigen, verwerlichen Menschen geräubt werde. Nun, da er sie mit ihrer Schmach allein ließ, mit der schmerzlichen Erinnerung der ruhigen Verbrechen, erst jetzt sah Mathilde, wie entartet, wie logisch jener Mensch war, den sie mehr denn jeden anderen auf der Welt liebte. Diese verdrückte Erkenntnis füllte ihre Seele in Schmerz. (Fortsetzung folgt.)

### Das Stiefel-Haus.

Roman von Sela Sacko.

Einzigberechtigte Uebersetzung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein. Nachdruck verboten.

#### IV.

In einer linden Rainacht wurden die zerquälten und müden Bewohner des Hauses von verjüngtem Schreien aufgeschreckt. Der Reize nach entzündeten sich die moligen Lampen, mangelhaft besetzte Männer und Frauen kamen auf die Korridore herausgeflüht.

„Was ist los? Was geschah?“ fragten sie erschrocken und drängten sich zu den Gemächern hinein.

Gernmal prügelte und quälte mit bleischer Grausamkeit die schmäde und gebrechliche Mathilde, die, unter den schweren Schlägen zusammenbrechend, hezergelend schrie. Als sie die Reute aus den Händen des Vaters beiseiten, brach sie dürrig, geschwächt zusammen.

„Die Dine ist gefahren.“ erklärte Gernmal, setz Recht zur Empörung und zum Mordrache auch durch die Betonung funktionierend - hat irgendeinen Geistes. ... Einen Siebhaber ... Er zog schwanger. Jesus fraße sie ...“

Und in seiner unbändigen Wut ließ er rot gegen das ohnmächtig daliegende unglückliche Mädchen.

Stiefel, der ebenfalls ein rüchlosler und rohzelliger Mensch war, vermerkte Gernmals Rede nicht wortlos zu betrogen.

„Ja, das kommt von der Erziehung, die sie genossen hat. Kann nicht besser sein als ihr Vater ... Ich wundere mich sehr, daß es sich nicht geschah ist ... Müde auch schon früher gesehen können ...“

Die Bewohner gaben ausnahmslos Stiefel recht. „Sie wagen das Mädchen zu schlagen, Sie Schwein? Geben immer vertraut, was das Mädchen hinter verdient hat?“ - sagte jemand, dem Stiefels Lustreden Mut gemacht hatte.

Gernmal spie fluchend nach den Reuten hin. Da wollten die Bewohner den Schächer verjagen, und Stiefel vermerkte sie bloß mit großer Mühe zu beschwichtigen. „Eine solche Schmach auf meinen mitleidigen Namen ... Eine solche Schmach ...“ - schrie Gernmal theatralisch und warf sich weinend zu Boden.

bin trotzdem eine anständige Frau ... Auch Frau Timar war es, auch die Schwägerin, auch deine Schwester und auch deine Mutter. Wie die Familie, so die Tochter ... Ich sage dir, hüt mich dem abscheulichen Gedrüll auf ... Braut mit deiner Ehre, hält aber in der letzten Woche nicht einmal für ein Sechser Arbeit gehalten ... Soht lieber die Stiefel des Herrn Müllers, denn morgen, zeitig früh, kommt der Priebaldner sie holen.“

Und nun wurde die Frau freigesetzt. „Das wird aber so nicht weiter gehen, entweder du arbeitest und bekommst zu freizeit, oder aber du arbeitest nicht, und dann geh in die geistige Hölle.“

Gernmal, der im nächsten Zustand fast gewöhnlich sehr feige war und vor letzter Frau Angst hatte, holte pflichtbewußt Stiefel und Werkzeug hervor und begann zu arbeiten. Von der Seite warf er einen bürstlichen und bedauernden Blick auf die aus der Ohnmacht wieder belebte Mathilde, die von den Nachbarn eben aus dem Bett gesetzt wurde. Gernmal lächelte sich höchst unbedacht, hatte die Empfindung, als wolle ihm das Herz aus der Brust springen. Er war unruhig, unzufrieden. Ihm die Nummerfemmel von seinen Gefühlen abzunehm, begann er fleißig zu arbeiten.

„Jetzt aber seien Sie still, Gernmal, denn morgen früh werfe ich Sie aus der Wohnung.“ - sagte Stiefel und verließ die Stube. Die übrigen folgten ihm.

Der Schächer hatte für Stiefel nicht einmal einen Blick; er zog die Hände durchs Schuherloch und war bis an den Kern seines Dergens verdrückt. Alles, kleines Mathildchen, meine liebe, keine, gute Tochter, sprach er bei sich und hätte meinen mögen, bedauerte so sehr sein gequältes, gebrechliches Kind. Das Mädchen wußte, nummere, jammernte hin und wieder leide auf. All dies ließ Gernmal Genossen erleben. Er schaute sich heimlich in die Ferne so sehr, daß er gegen jede Uhr nachts mit dem Stiefel des Herrn Müllers meisters fertig war. Der Kopf schmeigte ihn sehr, in seinen Augen zitterten Tränen. Er schaute, er würde sich beruhigen, wenn ihn jetzt jemand lächelnd verprügelte, ihn dafür strafe, daß er grauam, böse und erbarungslos war. Er bildete sich in der Stube um. Auf den Fußstapfen schlich er zu Mathildens Bett, beobachtete mit unbändiger Aufmerksamkeit des stierigen Kindes schwermüde Atem, prüfte traunend, mit viel Liebe das feine, schöne Gesicht. Als seinen traug bildenden Augen quollen heiße Tränen. Gernmal kniete unter der Wut der Reue zu, umarmen. Er regte sich zu Mathilde und lächelte die stierige Stirne seiner Tochter.

Denn verdrückte er die Lampe und legte sich ebenfalls nieder.

V. Den nächsten Morgen ermachte Mathilde mit quälendem Schmerz und dem Gefühl verjüngten Unglücks. Die Dienstbeseidenschaft, die Reue des sie um sie zu schaffen machenden Vaters vermerkte sie nicht denn wolven, aufrichtigen Wert nach einzuschätzen. Sie lächelte noch immer das Siegen der

Den nächsten Morgen ermachte Mathilde mit quälendem Schmerz und dem Gefühl verjüngten Unglücks. Die Dienstbeseidenschaft, die Reue des sie um sie zu schaffen machenden Vaters vermerkte sie nicht denn wolven, aufrichtigen Wert nach einzuschätzen. Sie lächelte noch immer das Siegen der







Partei-Angelegenheiten.

Mitgliederversammlung der S. P. D. Donnerstag, den 13. Januar findet in Wilfordors Gesellschaftsraum, abends 8 Uhr, die Mitgliederversammlung unserer Partei statt.

Die Funktionäre versammeln sich 1/2 Stunde vor Beginn der Mitgliederversammlung zu einer besonderen Sitzung.

Arbeiterlager. Mittwoch abend 7 Uhr Mitgliederversammlung in Wilfordors Gesellschaftsraum.

Wahlvorstand und Wahlkommission. Donnerstag, 5. Ur, in Wilfordors „Gesellschaftsraum“ gemeinsame Sitzung.

An die hiesigen Parteigenossen.

Zu der am Sonntag, den 16. Januar, stattfindenden Parteikonferenz werden die auswärtigen Vertreter schon teilweise Sonnabend eintreffen. Sämtliche Parteigenossen in Halle, die in der Lage sind einen Gefallen zu bezeugen, bitten wir, ihre Absicht im Büro abzugeben, um den Bedarf erhebliche Kosten zu sparen.

Aus dem Stadttreis.

Seite 12. Januar 1921.

Was ist weltliche, was ist Anfahrungslehre?

Darüber herrschen im Kreise vieler Genossen unklare Begriffe. In den weltlichen Schulen (Art. 146 der Reichsverfassung) ist der Religionsunterricht kein ordentlicher Vorlesungsgegenstand. Es steht jedoch allen Eltern frei, ihren Kindern außerhalb der Schule Religionsunterricht erteilen zu lassen. Die weltliche Schule fragt nicht danach, ob die Eltern ihrer Schüler einer Kirchengemeinschaft angehören oder nicht, ebenso überläßt die weltliche Schule es vollständig den Eltern, ob sie einen Religionsunterricht anordnen wollen oder nicht.

Wie in großen Städten am Rhein werden in diesem Jahr in Halle ein oder mehrere Weltanschauungsvereine gegründet werden. (Der neue Stadtparlament findet hier ein reiches Feld der Betätigung.)

Vereinigungen von Männern und Frauen zur Pflege gemeinsamer Weltanschauungen werden in Art. 137 grundsätzlich den Religionsgemeinschaften gleichgestellt, und sie können unter bestimmten Voraussetzungen — wenn sie durch ihre Dauer und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten — die Rechte einer öffentlichen Körperschaft erwerben. Märgern die Religionsgemeinschaften ein gemeinschaftliches Glaubensbekenntnis haben müssen, pflegen diese Vereinigungen eine von dem Glauben an etwas Ueberweltliches, besonders an einen persönlichen Gott losgelöste Weltanschauung. Es können also Weltanschauungsvereine der Freidenker, der Religionslosen usw. entstehen. Ihnen steht das Recht zu, e b e n s o wie Angehörige eines Religionsbekenntnisses, innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihrer Weltanschauung einzurichten. Die Weltanschauungsschule nimmt nur die Schüler solcher Eltern auf, die aus der Kirchengemeinschaft ausgeschieden sind. An den Weltanschauungsschulen dürfen nur Lehrer unterrichten, welche keine Kirchengemeinschaft angehören. Auf die Weltanschauungsschule ist die Bezeichnung „religionslos“ zutreffend.

Es wäre sehr zu wünschen, daß endlich einmal „weltliche Schule“ und „Weltanschauungsschule“ streng auseinander gehalten würden.

Wolfschulische und Volkserziehungsstellen.

Es scheint einem großen Teil der Bevölkerung Halles und des Saalkreises noch immer nicht bekannt zu sein, daß 200 Studenten gewillt und imstande sind, Unterricht in allen gewünschten Fächern zu erteilen. Der Wichtigkeit hat in der alten Volksschule und der Volkserziehungsstätte Räume zur Verfügung gestellt, und das Wohlwollen des Saalkreises hilft den Unterricht auf dem Lande einzurichten. Der Wunsch der Unterrichtsstelle besteht zu gleichen Teilen aus Säkular und Lehrer und legt den Grundplan nach dem Winkler der Höhe fest. Die Einrichtung einer „Hilfsschule“ ist unmöglich, eine Meinungsverschiedenheit wird nie zu Unmut oder Streit Anlaß geben, sondern durch Abstimmung aus der Welt geschafft werden.

Es ist vom Ausschuh der Versuch gemacht worden, mit allen Volkserziehungsvereinigungen in Halle Pflanzung zu nehmen. Er hat dabei die Einrichtung eines „Oberauschusses“ oder dieser Körperschaft im Auge. Nur die sozialistischen und kommunistischen Vereinigungen haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt, das Schreiben an die Leitung bezug. Den Ausschuh der Volksschule oder Prof. ohne Amtort.

Der Professor Menzer, derzeitiger Rektor der Universität, hatte zwar auf Befragen sich in zustimmendem Sinne geäußert. Er hatte vor, die Unterrichtsstelle als Unterbau der Volksschule einzurichten, fand aber kein Entgegenkommen bei der Volksschule. Da der Wunsch nun besteht ist, an der Enderung der der ärmsten Studenten eben durch Vermittlung dieses Unterbau zu betragen und — als Hauptziel — die Aufführung der Schulen ohne alle Nebenbedingungen im Auge hat, so ist es einfach unüberwindlich, weshalb man ihm allerorten Hindernisse in den Weg stellt.

Es wäre sehr zu wünschen, ohne Unterschied des Alters, Standes, Geschlechtes, Glaubens und der Parteizugehörigkeit. Seine Wünsche in Bezug auf Lehrer, Unterrichtsstoff und -art, Zeit und Ort kann jeder durch die Vertrauensleute

vorbringen und sicher sein, daß sie berücksichtigt werden, wenn es möglich ist. Kriegesgeschädigten, Erwerbslosen und Ortsarmen, die sich als solche ausweisen, wird das Schulgeld ermäßigt oder erlassen. Jeht Markt für ein Fach — mit zwei oder vier Stunden die Woche — auf neu Boden ist der Preis. Billiger ist es sich nicht machen. Da noch Lehrkräfte auf Wunsch geliehen werden. Gute Lehrkräfte sind in Menge vorhanden.

Wenn man, wie Schreiber dieses, gesehen hat, daß zwei 19jährige Jünglinge für eine jährliche Schuldensumme von 100 M. in einer Wirtschaft bezahlen und selbst auf einem Sitz austrinken, umgerechnet die verschiedenen Geschäfte, wenn man den gewaltigen Anhang an den Tischsetzungen, in den Schokoladebäcken und Tassenfüßen, den großen Umhang in Altich an dem Gebiet des Hofes und Hausierers täglich beachten, muß man sich fragen, daß der geforderte Preis für den Unterricht gering ist.

Dah Erziehung der Wissensfähigen ist, daß sie beherzt es sein laßt. Man muß in den Grundrissen mit der Enderziehung anfangen, wenn der Volkserziehung Früchte tragen soll. Sapern ist uns im Anschuh des Volkserziehungs weit voran, wie man sich aus dem Briefverkehr des Arbeitsausschusses mit den Ausschüssen der dortigen Städte überzeugen kann.

In den nächsten Tagen werden an den Anfahrungsstellen die Stundenpläne erscheinen. Dann können die Halleser beweisen, ob sie die Forderung der Zeit begriffen haben, indem sie sich aufrecht zu den Lehrgängen melden und sie als wahre Grundmutter zur Volksschulische ausbauen helfen.

W. Hilbrandt, rer. nat.

Volksrechtswort.

Kürzlich erst haben wir darauf hingewiesen, wie stark sich heute bereits wieder die Reaktion zeigt und wie ihre Helfershelfer bei jeder sich bietenden Gelegenheit versuchen, ihre rückschrittlichen, völkseidlichen Ideen kundzugeben. Sogar der Gottesdienst in der Kirche wird von den eigenartigen „Seelsorgern“ dazu benutzt, dem verfallenen Herrscherthum zu hulden. So wird uns von einem Vater mitgeteilt, daß am Sonntag, den 7. November, Herr Superintendent M ö h r e ein Predigt im Dictionariumhaus zur politischen Programmrede umgestaltet, worin er sich u. a. folgende Verheißungen leitete. Er, (der Vertreter von Amerongen, d. R.) ist der König aller Völkern. Wir wären nicht wert, daß wir lebten, wenn wir seiner nicht gedächten. — Am Neujahrstage soll dieser Herr, dieses Auswärtigen genen haben. — Die Kirche ist noch wie vor Staatskirche. Der Staat führt die ein Recht und die Pflicht gegen seine Beamten, die den Interessen des Staates entgegenstehen, disziplinarisch vorzugehen. Die Republik kann also diese glühenden Vertreter des staatsbedenklichen alten Regimes stoffeln. Parteireiher ist es aber noch, daß alle, die mit der national-republikanischen und monarchistischen Propaganda der Pfaffen nicht einverstanden sind, den Besuch der Kirche vermeiden. Es geht sich immer wieder, daß diese Institutionen ein Hort aller — — — der Volkstreu und Volkserfreiheit sind. Hier glauben sich die Muder und Duder unbeschadet.

Jugendgericht und Jugendgerichtshilfe.

Dazu wird uns geschrieben: Herangezogen aus dem sozial-philosophischen Gedanken, gesunde oder gesunde Jugendliche vor dem wüßigen Untergang zu bewahren, ist das Jugendgericht eigentlich die gemeinsame Einrichtung der Reichsbehörden, zentral und lokal. In den deutschen Einzelstaaten wurden bisher nur Vermessungsvereinigungen errichtet, die im Rahmen der jetzt geltenden Strafgesetzbuch Jugendgerichte ermöglichen; jeder Richter muß sich in den Vätern des Gesetzes nachzuweisen. Jetzt wird die endliche Verlegung und Beschäftigung über einen Jugendgerichtshilfentwurf erwartet, der den Jugendgerichten eine geistliche Unterlage geben wird. Nicht Verlegung ist der Hauptgedanke des Jugendgerichts, sondern Befestigung, nicht die Tat steht im Vordergrund, sondern der Täter; im Rahmen seiner bisherigen Umwelt, nicht gerichtliche Strafe ist das wesentliche Ergebnis des Verfahrens gegen den sträflich gewordenen Jugendlichen, sondern seine Erziehung.

Dem Jugendrichter zur Seite steht die Jugendgerichtshilfe. Aus ehrenamtlichen und besoldeten Helfern aller Volksschichten zusammengestellt, ist es ihre Aufgabe, dem Jugendrichter diejenige Kenntnis über Anlage, Lebensführung und Umwelt des Jugendlichen zu vermitteln, die ihm dessen gerechte Beurteilung ermöglicht. So wird die Jugendgerichtshilfe im Vorderfeld und bei der Hauptverhandlung ihre Hauptaufgabe tun. Sie ist jedoch, der Jugendlichen bei der Ausübung der Strafvollstreckung während der Bewährungsfrist mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um sie von Verbrechen abzuhalten auf einer geordneten Lebensweise zurückzuführen, eingehend des Portes: „Wer ein Kind rettet, rettet ein Geschlecht.“

An- und Abmeldungen sowie Lohnanmeldungen zu den Krankenkassen.

Wie aus der letzten im Anzeigenteil der „Volksstimme“ abgedruckten Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse hervorgeht, werden die Bestimmungen hinsichtlich der An- und Abmeldungen sowie der Lohnanmeldungen der Beschäftigten seitens der Arbeitgeber nicht immer genau beachtet, was in zahlreichen Fällen zu Verzerrungen Anlaß gibt. Zur Vermeidung der daraus resultierenden Streitigkeiten geben wir hiermit die wichtigsten Vorschriften der R. V. D. bekannt:

Nach § 317 R. V. D. haben die Arbeitgeber jeden von ihnen Beschäftigten, der zur Mitgliedschaft bei einer Orts-, Innungs-, oder Handwerkskasse verpflichtet ist, der durch die Zahlung oder sonst bestimmten Stelle binnen drei Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung zu melden. Änderungen des Beschäftigungsverhältnisses, welche die Versicherungspflicht berühren, haben sie gleichfalls binnen drei Tagen anzumelden. In der Anmeldung sind auch die Angaben zu machen, die durch die Zahlung zur Berechnung der Beiträge gefordert werden. Änderungen in diesen Verhältnissen insbesondere Erhöhung oder Ermäßigung der Löhne und Gehälter sind ebenfalls binnen drei Tagen nach Eintritt der Änderung zu melden. Nach § 330 kann die vorläufige Lohnberechnung bei Vorrichtung mit Geldstrafe bis zu 300 M., die fehlerhafte Lohnberechnung bis zu 100 M. bestrafen werden. Nach § 331 kann dem Beiträger außerdem die Zahlung des Ein- und fünfjährigen der rückständigen Beiträge auferlegt werden. Die rückständigen Beiträge werden in jedem Falle eingezogen. Es ist daher notwendig, daß diese Arbeitgeber bei der Anmeldung der bereits anfangenden Ausgaben und Lohnberechnungen ordnungsmäßig erhalten werden. Insbesondere muß auch dann, wenn die Meldung verspätet erfolgt, in jedem Falle der wirkliche Eintrittstag und der wirkliche Tag des Austrittes aus der Beschäftigung, ebenso aber auch die wirklichen Lohnverhältnisse angegeben werden, wenn Weiterungen vermieden werden sollen. Arbeitgeber, die Mitglieder der Erklärungen be-

schäftigen, sind verpflichtet, diese Personen in jedem Falle auch bei der Zwangs-, Orts-, Bands-, Innungs-, Krankenkasse und abzumelden, sowie etwaige Lohnänderungen dieser anzugeben.

Abendbesuche — 2000 Mark Besondere. Gestohlen sind in der Nacht zum 11. u. aus einem Beschlagnahme in der Gr. Ulrichstraße, nach Beschlagen der Schenkenscheibe, ein Terracedelbrot mit schwarzem Tuchbezug, weinrot mit Stoffknäulen, Natriumteller, Seidenschleier und weißem Damastkleidungsstück, Wert 12000 M., ferner 1 tafelfarbener Damenporzellan mit Capuliummamenten und Kaminbeleg, Wert 3500 M., und Kamin-Vorlege, Wert 125 M. Zur Wiedererlangung der Sachen und Angaben, die zur Ermittlung der Diebe führen, legt der Geschädigte 2000 M. Belohnung ab. — In derselben Nacht wurden aus einem Dekorationsgeschäft in der Gr. Ulrichstraße mittels Einbruchs gestohlen: Mehrere Bilderrahmen — Gemäldezeichnungen — eine große Anzahl englische Kästler-Ziffernblenden-Garnituren, elfenbeinartig, die Höhe 11 Nubras-Dekorations, bunt, auf hellem Grund. Die Diebe haben je 1 Ueberhang und nur je einen dazugehörigen Schaß gestohlen, so daß sämtliche Garnituren ungeschädigt sind. In beiden Fällen müssen die Täter größere Beträge bei sich geführt haben, um transportable Angaben zur Ermittlung der Diebe oder über den Verbleib des Diebes zu machen kann, wird gebeten, sich sobald über den Verbleib des Diebes zu melden, kann, wird gebeten, sich sobald bei der Kriminalabteilung, Dresdenstr. 4, Zimmer 38, zu melden.

Durch Einbruch wurden am Spätnachmittag des 7. Januar aus einer Wohnung im Hause Werbergauer Straße 110 u. a. vier Sporttaschen, 1 Duzend neue silberne Kaffeefässer, 1 Jadedeckel und im größeren Umfang Gold- und andere Wäpche (D. R. und D. R. geschildert) gestohlen. Sachverständige Angaben werden an die Kriminalabteilung, Zimmer 76 oder 78, erteilt.

Vier Pferde gestohlen. In der Nacht zum 11. d. Mts. sind auf dem Rittergut in Seimdorf 4 Pferde, Wallache (Belger), 7 bis 10 Jahre alt, turkiserne Schwinde mit langen Haaren, mit Kammzähnen versehen, die zu beiden Seiten Weißkammzähnen tragen, gestohlen worden. 2 Pferde waren im schwarzen Schläger von dunkelbrauner Farbe und haben Stern, und die anderen 2 Pferde sind mittleren Schlägers von hellbrauner Farbe. Für Wiedererlangung der Pferde mit Gehirg ist eine Belohnung von 4000 M. ausgesetzt. Mitteilungen über den Verbleib der Pferde werden bei der Kriminalabteilung, Zimmer 38, entgegengenommen.

Wer ist der Tote? Am 31. Dezember 1920 nahm, ist im Gutsbezirk Mocheln ein unbekanntes männliche Leiche im angeführten Alter von 30—35 Jahren erdosen aufgefunden worden. Es liegt Selbstmord vor. Bekleidungs: 1,68 groß, dunkelbraune Haare, imhaden blonden Schurmbart, im Oberkiefer ein Goldzahn. Bekleidung: grüner Hanfdruck mit abrotzelterter Brusttasche, schwarzes Lederhosen, schwarze Kammzähne, hellen Streifen, brauner weicher Filz mit schwarzem Band. Wer Angaben über die Verion des Toten machen will, wird gebeten, sich bei der Kriminalabteilung, Zimmer 21 oder 41, zu melden.

Billiger Zucker. Auf billige Weise mußten sich 2 Tausende Dente hier 4 Jemmer Zucker zu verschaffen. Sie erschienen während der Weihnachtszeit bei einem an der Straße stehenden Zuckerbäcker, um Kautschuk und beide führen einige Tage später mit einem Automotor vor, um den Zucker abzuholen. Dieser wurde ihnen auch verabreicht, als jedoch Zahlung gefordert wurde, rüden sie mit Auto und Zucker aus. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Täter zu ermitteln und die Dure wieder abzuholen. Auch der Zucker ist wieder aufgefunden worden.

Die Generalfammlung der Ortsgruppe Halle (S.) des Bundes der Hubschweben findet am Sonntag, den 16. Januar, morgens 10 Uhr, im „Schultheiß“, Poststraße 5, statt. — Rechnungsführer: Wöhlert, Vorträge: — Mitgliederarten sind mitzubringen.

Arbeitsjubiläum. Am heutigen Tage begeht Herr Kaufmann Alfred Georgi bei der Firma Karl Klinger, Wöhlertstraße 10, sein 50-jähriges Arbeitsjubiläum.

Sozialistischer Garten. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet das IV. Gesellschaftskonzert vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Dirigentenmeisters Karl Steuer statt. Die reichhaltige Vortragsliste enthält Lomsker von Verdi, Thomas, Mascagni, Puccini, Weber, Kreisler, Trant, Demessiano, Ruben und Strauß. Als Solistin ist die in weiten Kreisen beliebte Opernsängerin Frau Alice von Boer-Groenlind gewonnen worden, deren Gesangsverträge von Frau Irma Neuter am Flügel begleitet werden.

Stadttheater. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, wird „Das Wandervogel“ im letzten Male gegeben, vorher bringt Hedwig Hofmann eine neue Reihe plattischer Lieder. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt als erstes Werk im „Zelus“. Das halbe Stück der „Welterliteratur“ unter Spielleitung von Dr. Edgar Groß die Komödie „Aschafftra“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Helene Adlerberg, Hedwig Jonas, Irma Neuter, Rosa Dehnbach, Hildegard, Margarete Dand, Helene Dand, Gertraud Wally, Willi Saur, Hans Schwab, Otto Liebmann, Richard Erlede, Hermann Weidling, Heim Rohleber, Fritz Henel, Walter Henneberg. — A merita gehen abt die Oper „Martha“ in Szene, Sonnabend „Fidelio“, Sonntag „Lurmer“. Das Weihnachtsmärchen „Die Hühnerfüßler“ mit dem Freitag, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3 Uhr, wiederholt. In dem am Montag, abends 7 1/2 Uhr, stattfindenden Singsong-Konzert unter Leitung von Professor Dr. Hans Wöhner, gelangen zum Vortrag sechsundzwanzig Sinfonien Nr. 3, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 14, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Freie Volkshaus Halle. II. Ber. (Die Götzen der Gesellschaft.) A. Freitag, 14. Januar. Die Karten für die 3., 4. und 5. Vorstellung müssen bis zum 23. Januar in den Zahlstellen gekauft werden.

Provinz und Umgegend.

Konferenz des Unterbezirktes Merseburg.

Sonntag, den 9. Januar, fand in Merseburg eine Konferenz des Unterbezirktes I. statt, die außerordentlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Punkt 1: Raßl des Vorkommens; Punkt 2: Vortrag des Gen. K r a g e r über die kommenden Reichstags- und Reichstagswahlen; Punkt 3: Dringlichkeit und Notwendigkeit der Parteipolitik; Punkt 4: Mitteilung der Kandidaten zu den Provinzial- und Kreisparlamenten; Punkt 5: Parteipolitik.

Zu Punkt 1 wurde an Stelle des als Parteileiter nach Eisenach gewählten bisherigen 1. Vorkommens des Gen. K r a g e r Merseburg gewählt. Zum 2. Punkt wurde Gen. Friedemann und zum 3. Punkt der Gen. Wöhlert, sämtlich aus Merseburg, einstimmig gewählt.

Zu dem 3. Punkt der Tagesordnung ging Gen. K r a g e r auf die Bedeutung der am 20. Februar stattfindenden Wahlen ein. Er betonte dabei alle Fragen der gegenwärtigen Lagepolitik und betonte die Notwendigkeit von unermüdeten sozialistischen und demokratischen Standpunkte aus. Deutlichste, „kommunistische“ und sonstige reaktionären Gewaltmethoden wurden dabei in jeder Weise gekennzeichnet. Praktische Vorschläge für die Wahlen in der Provinz und Kreisparlamenten wurden ebenfalls gemacht.

zungsmittel, des Stenogramm, der Demofrastration der ...

Zu Punkt 3 gab dann der Genosse Bauer weitläufige ...

An der sich über diese beiden Referate entzündenden ...

Die unter Punkt 4, „Aufstellung der Kandidaten“ gemachten ...

Unter Punkt 5 „Verteilungsgleichheiten“, machte Gen. Weh ...

Ammerl. der Red.: Selber konnten wir dem Wunsch der ...

Die Bergarbeiter des Gießwerkes entzündeten gegen die ...

Zu einer eintrachtigen Rede ließ Genosse Heße (Salz) ...

Die Kommunisten hätten sich den Arbeiterpartei ...

Es mag unannehmlich sein, wenn die noch vor kurzer Zeit ...

Wir begrüßen den einheitsvollen Beschluß der Bergarbeiter ...

Merleburg. Sitzung der Stadtdirektoren. Die erste ...

legung der Höchstzulage, Gen. R. K. 1, wurde auf ...

Merleburg. Deutscher Metallarbeiter-Verein. ...

Weihenfeld. Volkshochschule. Privatdozent Dr. ...

Weihenfeld. Brotmarkenausgabe am Donnerstag, ...

Trochitz 5. Aufmarsch. Auch hier wurden die ...

Freiburger. Verkauf von Anker. Am Donnerstag, den 13. ...

Freiburger. Verkauf von Anker. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...

hätte der städtischen Arbeiter-Verein ...

Generalversammlung. Am Sonntag abend in der ...

Generalversammlung. Am Sonntag abend in der ...

Aus aller Welt.

Erfurt. Eine riesige Waffenversteigerung. Am ...

Kattowitz. 11. Januar. Bombenattentat. In ...

Stockholm. 11. Januar. In's Meer gekippt. Ein ...

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Anker erfolgt am Donnerstag, den 13. ...

Freiburger. Verkauf von Anker. Am Donnerstag, den 13. ...

Freiburger. Verkauf von Anker. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...

Merleburg. Generalversammlung. Am Donnerstag, den 13. ...